

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

Ciao, Chaos-Club

Gerhard Schröder probt die kleinen Befreiungsschläge

* Josef Joffe *

In diesen Tagen ist Gerhard Schröder an die Grenzen seines Herrschaftsprinzips gestoßen: "Wenn man nicht weiß, wo man hinwill, ist jeder Kurs der richtige." Es ist das Prinzip der Jolle im Wind, die bekanntlich keinen Kiel hat - und keinen Kompass. Trefflich versteht er das Kreuzen, aber zu welcher Boje? Jetzt, in der schlimmsten Krise seiner Kanzlerschaft, peilt er schon wieder eine neue an.

Mal war's die Neue Mitte, die er sich bei Clinton/Blair abgeguckt hatte - die den Sozialstaat zugunsten seiner Leistungsfähigkeit zurückschneiden sollte. Dann war's der Gewerkschaftsstaat: noch mehr Betriebsräte und noch weniger Nischen im betonharten Arbeitsmarkt. Mal "Genosse der Bosse", mal "Ross der Genossen". Die Wahlen hat der Mann der mutigen Steuerreform mit einer Stillstandsverheißung gewonnen: "Ich führe euch in die Bucht der Seligen, wo euch weder die Winde der Wirtschaft noch die Stürme der Weltpolitik etwas anhaben können."

Wendekünstler in der Flaute

Diese Bucht gibt es nicht - nicht für ein 80-Millionen-Volk in der Mitte Europas, das auch dessen größte Wirtschaftsmacht ist, zudem dreimal stärker im Weltmarkt verflochten als Amerika. Und was tat der Große Steuermann mitten in der mörderischen Wirtschaftsflaute? In der ersten Nachwahlkrise wurden 48 neue Steuern und Abgaben gezählt, die sich zu 26 Milliarden Euro summierten, dem höchsten Anstieg aller Zeiten. Das war

Wirtschaftspolitik vom Feinsten, egal ob man als Keynesianer oder Monetarist draufschaut.

Damit nicht genug, begann dem Wendekünstler in der nächsten Phase die Pinne aus der Hand zu rutschen. Immer hektischer wechselten die Manöver, und als die SPD in den Umfragen auf 28 Prozent abstürzte, lag plötzlich Meuterei in der Luft. Die einen (Gabriel, Müntefering) postierten sich zur Linken, die anderen (Clement) zur Rechten des Kanzlers. Frecher als in der Ära Brandt/Wehner ("Der Herr badet gern lau") greinte diesmal Schröder-Ziehsohn Gabriel: "Die Vermögensteuer will ich doch!", derweil der Feldwebel der SPD-Traditionskompanie Müntefering im gemächlichen Plauderton meinte, der Staat müsse sich noch mehr auf Kosten des Bürgers bereichern. Superminister Clement lehnte sich nach rechts: Der Staat sei überhaupt nicht arm; stattdessen drohe er an "Verbeamtung und Bürokratisierung" zugrunde zu gehen. Überdies sei eine "Steuer auf betriebliche Vermögen", also eine, die das Ergebnis ignoriert, blanke Torheit.

Die Probe-Meuterei ist vorerst passé. Der schlichte Grund: Es gibt keinen Herbert Wehner, der 1974 den Dolch gegen Willy Brandt führte, und keinen Helmut Schmidt, der unbefleckt in die Kanzlerrolle schlüpfen konnte. Der ganz große Umsturz steht ebenfalls nicht im Repertoire. Schwarz-Grün? Diese Truppe hätte eine Mehrheit von einer Stimme. Außerdem bietet die

Union keine regierungswürdige Alternative. Sie wähnt noch immer, dass sie nur schadenfroh zuwarten müsse, bis ihr die Macht in den Schoß falle. Und die Schwarzen bleiben das getreue Abbild der Roten. Haben diese nichts anzubieten, verstecken auch jene ihren Warenkorb; droht Meuterei bei der SPD, zieht CDU/CSU als gleich nach. Siehe Merz und Koch contra Merkel.

Die besseren Nachrichten für das Land? Kanzler Zitterhand vollzieht schon wieder eine Wende, diesmal (wie lange?) in die richtige Richtung. Die Vermögensteuer ist zurzeit tot, stattdessen kommt der 25-Prozent-Zinsabschlag (die Hälfte vom Höchststeuersatz), der geflüchtete Milliarden heim zum Fiskus holen könnte. Aktiengewinne sollen noch niedriger belastet werden, mit 15 Prozent; das schmiert Salbe auf die Wunden des Finanzplatzes Frankfurt. Gemeuchelte 630-Mark-Jobs sollen als "Mini-Jobs" wiederauferstehen - ein Quäntchen neue Flexibilität am Arbeitsmarkt. Ach ja, vielleicht dürfen die Bürger, denen Müntefering noch mehr abnehmen will, samstags bis 20 Uhr einkaufen gehen. Noch mal zwanzig Jahre, und Berlin rückt New York auf die Pelle, wo man um Mitternacht Windeln und Waschpulver kaufen darf.

Man muss auch für kleine Dinge dankbar sein, zumal wenn es gelingt, das "Scheinselbstständigengesetz" gänzlich zu kippen, um einen Job vernichtenden Kündigungsschutz wenigstens an den Rändern zu

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

lockern. Wer will in schlechten Zeiten Leute fest anstellen, wenn er sie in noch schlechteren Zeiten nicht entlassen kann? Noch haben auch die mächtigsten Gewerkschaftsführer keinen Weg gefunden, um das Gesetz von Angebot und Nachfrage, das beides über den richtigen Preis ausgleicht, aus den Angeln zu heben.

Frank Bsirske (Verdi) und seine Kollegen wissen sehr wohl, dass zu teure zu wenig Arbeit bedeutet. Doch probt der Verdi-Chef lieber den Klassenkampf, indem er auf den Reichtum derer von Thurn und Taxis zielt, derweil seine Mannen in dieser Woche den Nahverkehr "verlangsamen". Gewerkschaften, man muss es nicht wiederholen, gehören zur Wirtschaft wie Kapital und Maschinen. Dito die Tariffreiheit. Bloß zeigt sich gerade in der gegenwärtigen Misere, dass im deutschen Korporatismus - also im Gruppenveto-System - manche Gruppen gleicher sind als andere.

Den Gewerkschaften ist es bis jetzt gelungen, die bescheidenen Hartz-Ansätze zu blockieren, weil sie um ihre Hegemonie im Arbeitsmarkt fürchten. Aber in wessen Interesse? Wenn Innenminister Schily über Entlassungen im öffentlichen Dienst räsoniert, droht er nicht, sondern beschreibt die Wirklichkeit. Wenn die Staatskassen leer sind, vernichtet steigender Lohn die Jobs mit der gleichen Gewalt wie Dürre die Schösslinge. Ist das gut für die Müll- und Busfahrer, die demnächst stempeln gehen müssen?

Trutzburg der Gewerkschaften

Das harte Gesetz von Angebot und Nachfrage (das in diesem Land gerade die Niedrigqualifizierten aus der Arbeitswelt vertreibt) kennen die Gewerkschaftschefs genauso gut wie die kaltherzigsten "Neoliberalen". Aber sie glauben, es für ihre Leute aushebeln zu können, weil Verdi oder IG Metall gleich eine doppelte strategische Position besetzt hält. Sie können eine Wirtschaft, die von Mobilität und Industrieproduktion lebt, schlichtweg durch Streik lähmen. Zudem halten sie eine strategische Stellung im Parlament, wo die 28 Prozent der Organisierten in Deutschland über 75 Prozent der SPD-Abgeordneten verfügen.

Deshalb dürfte die nächste Schröder-Wende schon programmiert sein. Er sollte ihr trotzdem widerstehen. Denn er ist der Chef einer Regierung, die dem ganzen Volk dienen möge - und einer Partei, die nicht nur eine Trutzburg für die Organisierten ist. Noch ist dieses Land märchenhaft reich - und meilenweit weg vom England der siebziger Jahre. Doch zahlt der Kanzler für die "Kakophonie" schon heute einen heftigen Preis - in der Außenpolitik. Dort hing das Gewicht dieses Landes stets von seiner Berechenbarkeit und Wirtschaftsstärke ab. Jetzt aber sinken die D-Aktien an der Weltbörse fast so schnell wie einst die Dotcom-Werte am Neuen Markt.

Um den Wahlkampf zu gewinnen, hat Schröder seine Jolle in jene Bucht gesteuert, die nur illusionären Schutz vor der Weltpolitik bietet. Das Verhältnis zu Amerika bleibt vereist, aber auch Frankreich wittert die Schwäche der Deutschen und hält ihnen in Gestalt des Premiers Raffarin barsche Vorträge über eine Wirtschaftspolitik, die das Wachstum der gesamten EU gefährde. Irakische Massenvernichtungswaffen sind leider auch ein deutsches Problem, wie auch die lange Liste hiesiger Lieferanten zeigt - und "Unilateralismus" ist nicht nur ein amerikanisches, wenn es trotz UN-Mandat beim teutschen Nein bliebe. Wenigstens hat es Schröder in der Awacs-Groteske geschafft, die Bündnisfähigkeit zu retten: Die Deutschen bleiben an Bord und müssen sich nicht die Augen verkleben, wenn die Aufklärer über der Türkei in den Irak hineinspähen.

Vielleicht hat sich der Kanzler an den Janis-Joplin-Song seiner Generation erinnert: "Freedom is just another word for nothing left to lose." Fast schon im freien Fall, hat er plötzlich bewiesen, wie er seine Freiheit auch nutzen kann. Muss er wirklich den Machtverlust fürchten, wenn er endlich auf Kurs bleibt? Der Sturz auf 28 Prozent besagt das Gegenteil: Es gibt keine Pokale fürs Schlingern. Und schon gar keinen Platz im Geschichtsbuch.